

17.06.2026 | Landwirtschaft

Anne Riecke zu TOP 20 "Zukunft und Existenzsicherung der Fischerei in Schleswig-Holstein"

In ihrer Rede zu TOP 20 (Zukunft und Existenzsicherung der Fischerei in Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung aller Sektoren) erklärt die fischereipolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Die Große Anfrage des SSW macht deutlich: Die Fischerei in Schleswig-Holstein steht vor enormen Herausforderungen. Und zwar nicht nur an der Ostsee, sondern in allen Bereichen – von der Krabbenfischerei an der Nordsee über die Küstenfischerei bis hin zur Binnenfischerei und Teichwirtschaft.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Fischerei ist nicht irgendein Wirtschaftszweig. Sie gehört zur Identität unseres Landes. Sie prägt unsere Küstenorte, unsere Häfen und unsere regionale Wertschöpfung. Wer Schleswig-Holstein als maritimes Land erhalten will, muss auch der Fischerei eine Zukunft geben. Die Antworten der Landesregierung zeigen jedoch ein ernstes Bild. Die Zahl der Betriebe geht zurück. Viele Fischerinnen und Fischer stehen vor der Frage, ob sie ihren Betrieb überhaupt noch an die nächste Generation weitergeben können. Die Flotte ist überaltert, Nachwuchs fehlt und die wirtschaftliche Lage vieler Betriebe ist angespannt.

Gleichzeitig steigen die Anforderungen immer weiter. Bürokratie, Dokumentationspflichten und europäische Vorgaben nehmen zu. Selbst die Landesregierung bezeichnet den Bürokratieabbau als eines ihrer strategischen Ziele, um die Fischereiwirtschaft in Schleswig-Holstein zukunftsfähig zu gestalten und das Handwerk als kulturelles Gut zu erhalten. Das unterstützen wir ausdrücklich. Allerdings darf das Bekenntnis zur Zukunft der Fischerei nicht darin enden, Fischerinnen und Fischern den Ausstieg schmackhaft zu machen. Abwrackprämien sind kein Zukunftskonzept. Sie reduzieren zwar die Zahl der Kutter, lösen aber keines der strukturellen Probleme der Branche.

Unser Anspruch muss sein, denjenigen eine Perspektive zu geben, die ihren Beruf weiter ausüben wollen – durch weniger Bürokratie, praktikable Regelungen und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen. Denn wer immer nur den Rückzug organisiert, hat sich mit dem Schrumpfen der Branche abgefunden. Und wer möchte, dass junge Menschen den Beruf des Fischers ergreifen, darf ihnen nicht zuerst einen Berg an Formularen und Auflagen präsentieren. Wir brauchen einfachere Verfahren, schnellere Förderentscheidungen und mehr Vertrauen in die Betriebe.

Wir stehen zur nachhaltigen Fischerei. Gesunde Fischbestände sind die Grundlage jeder Zukunftsperspektive. Aber die Große Anfrage zeigt ebenso deutlich, dass die Probleme der Fischerei nicht allein durch die Fischerei verursacht werden. Die Landesregierung verweist selbst auf Sauerstoffmangel in der Ostsee, Nährstoffeinträge, Klimawandel, Veränderungen der Ökosysteme, Flächenverluste durch Offshore-Windkraft sowie weitere Umweltfaktoren. Aber auch ungleiche Wettbewerbsbedingungen mit anderen europäischen Fischern, die in Bereichen fischen dürfen, wo wir es nicht erlauben, tragen dazu bei, dass die Fischerei an unseren Küsten sich ungerecht behandelt fühlt. Deshalb darf die Fischerei nicht zum alleinigen Sündenbock gemacht werden.

Wer die Ursachen ehrlich betrachtet, erkennt: Die Erholung von Dorsch und Hering wird nicht allein durch weitere Einschränkungen für die Fischer erreicht. Wir müssen auch die Umweltbedingungen verbessern und die tatsächlichen Ursachen angehen. Wir Freie Demokraten setzen deshalb auf wissenschaftsbasierte Entscheidungen statt auf Symbolpolitik. Dazu gehört auch, dass dort, wo es biologisch vertretbar ist, eine verantwortungsvolle Nutzung und Mitnahme von Fisch möglich bleiben muss. Nachhaltigkeit bedeutet Schutz der Bestände. Nachhaltigkeit bedeutet aber auch, die Arbeit der Fischerinnen und Fischer zu respektieren und Lebensmittel nicht unnötig zu verschwenden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Konkurrenz um die verfügbaren Flächen auf See. Offshore-Windkraft, Naturschutz, Schifffahrt und Fischerei beanspruchen zunehmend dieselben Räume. Die Energiewende ist wichtig. Aber sie darf nicht dazu führen, dass die Fischerei immer weiter verdrängt wird. Nutzungskonflikte müssen fair gelöst werden. Die Fischerei darf nicht immer diejenige sein, die am Ende zurücksteckt. Zur Wahrheit gehört auch, dass unsere Fischer nicht nur mit den Herausforderungen vor Ort kämpfen. Sie stehen im Wettbewerb mit Anbietern aus anderen Ländern. Gleichzeitig erleben viele Betriebe, dass sie selbst immer strengeren Vorgaben unterliegen. Akzeptanz entsteht nur dann, wenn Regeln nachvollziehbar und fair sind. Unsere Fischer dürfen nicht die Last von Einschränkungen tragen, während Fischbestände außerhalb unserer Gewässer weiter befischt werden. Fischereipolitik muss deshalb europäisch und international gedacht werden.

Die Große Anfrage zeigt auch, dass es in Schleswig-Holstein engagierte Fischerinnen und Fischer gibt, die Verantwortung übernehmen, direkt vermarkten, neue Geschäftsfelder erschließen und bereit sind, sich den Veränderungen zu stellen. Diese Menschen brauchen keine Bevormundung. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Sie brauchen Planungssicherheit. Und sie brauchen eine Politik, die mit ihnen spricht und nicht nur über sie. Für uns Freie Demokraten steht deshalb fest: Schleswig-Holstein ohne Fischerei wäre nicht nur wirtschaftlich ärmer. Es würde ein Stück seiner Identität verlieren. Wer unsere Küsten erhalten will, muss auch den Menschen eine Zukunft geben, die seit Generationen von und mit dem Meer leben. Dafür setzen wir uns ein.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Anne Riecke

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de